

## Protokoll Nr. 17 über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz

**Sitzungstermin:** Donnerstag, 20.04.2023  
**Beginn der Sitzung:** 17:00 Uhr  
**Ende der Sitzung:** 20:10 Uhr  
**Sitzungsort:** Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

### Anwesend:

#### **Vorsitzende**

Winter, Maria

#### **SPD-Fraktion**

Hemken, Harald  
Strelow, Gregor  
ten Hove, Andreas  
Kruse, Doris

(bis 19:10 Uhr)

für Gregor Strelow (ab 19:10 Uhr)

#### **CDU-Fraktion**

Falbe, Ole  
Gröttrup, Bernd

(bis 19:45 Uhr)

#### **Gruppe GRÜNE feat. Urmel**

Borchers, Sebastian

für Christian Nützel

#### **FDP-Fraktion**

Bolinus, Erich

#### **GfE-Fraktion**

Eichhorn, Jochen

#### **Gruppe DIE FRAKTION**

Mennenga, Lars

für Hagen Greving (bis 19:45 Uhr)

#### **Beratende Mitglieder**

Eiklenborg, Ralf  
Habl, Christian

Vertreter der Polizeiinspektion Emden  
Vertreter des Beirates für Menschen mit Teil-  
habeeinschränkung

Narewski, Friedrich  
Vogler, Jannik  
Wildeboer, Habbo

(bis 19:30 Uhr)

Vertreter des Jugendparlamentes  
für Stefan Rölling

#### **Verwaltungsvorstand**

Krantz, Irina

Stadtbourätin

#### **von der Verwaltung**

Kinzel, Rainer  
Federolf, Christian, Dr.  
Malzahn, David  
Zimmermann, Maximilian

# Protokoll Nr. 17 über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz am 20.04.2023

## **Protokollführung**

Bokker, Elke

## **Gäste:**

Herr Matthes, Büro Forum, Bremen

Herr Steven, NABU

## **Öffentlicher Teil**

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

**Frau Winter** eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

**Beschluss:** Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

**Ergebnis:** einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird festgestellt.

**Beschluss:** Die Tagesordnung wird festgestellt.

**Ergebnis:** einstimmig

TOP 3 Genehmigung des Protokolls Nr. 15 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz vom 02.02.2023

**Beschluss:**

Das Protokoll Nr. 15 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz vom 02.02.2023 wird genehmigt.

**Ergebnis:** einstimmig

## Protokoll Nr. 17 über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz am 20.04.2023

TOP 4 Genehmigung des Protokolls Nr. 16 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz vom 07.03.2023

**Beschluss:** Das Protokoll Nr. 16 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz vom 07.03.2023 wird genehmigt

**Ergebnis:** einstimmig

TOP 5 Einwohnerfragestunde

Keine

### B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 6 Aufstellung des Bebauungsplans D 175 „Friedrich-Ebert-Straße 85“

- Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB (Stadium I)
  - Beschluss über die Aufstellung im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB
  - Beschluss über die Beteiligung nach §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB (Stadium II)
- Vorlage: 18/0737

**Herr Malzahn** führt zur Vorlage aus.

**Herr Bolinius** möchte wissen, ob es nicht eine andere Zufahrt als von der Courbierestraße aus geben könne.

Dies verneint **Herr Malzahn**. Zudem sei zu sagen, dass, da es sich lediglich um ein Einfamilienhaus oder maximal ein kleines Doppelhaus handle, dort wenig Bewegung entstehe. Der große Baumbestand an der Friedrich-Ebert-Straße mache eine Erschließung aus dieser Richtung kaum möglich und der dort vorhandene Baumbestand werde auch erhalten bleiben.

**Herr Eichhorn** weist darauf hin, dass dort auch früher ein Einfamilienhaus gestanden habe, was abgerissen worden sei.

### **Beschluss:**

1. Der Bebauungsplan D 175 „Friedrich-Ebert-Straße 85“ wird gemäß § 2 Abs. 1 BauGB aufgestellt. Der Geltungsbereich wird, wie in Anlage 1 der Vorlage 18/0737 zeichnerisch dargestellt, beschlossen.
2. Der Bebauungsplan wird im beschleunigten Verfahren als Bebauungsplan der Innenentwicklung gemäß § 13 a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB aufgestellt.
3. Der Bebauungsplanentwurf D 175 „Friedrich-Ebert-Straße 85“ nebst Begründung wird gemäß § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich ausgelegt (Stadium II). Zeitgleich wird die Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt.

**Ergebnis:** einstimmig

## Protokoll Nr. 17 über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz am 20.04.2023

- TOP 7      Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans C 18 „Seniorenzentrum Douwesstift“;  
- Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB i.V.m. § 12 BauGB als Vorhaben- und Erschließungsplan (Stadium I);  
- Beschluss über die Aufstellung im beschleunigten Verfahren nach § 13 a BauGB  
Vorlage: 18/0744

**Herr Malzahn** führt zur Vorlage aus, dass gemäß des derzeitigen Vorentwurfs der Verbindungsbau mit drei Vollgeschossen plus ausgebautem Dachgeschoss geplant sei. In dieser integrierten Lage spiele der Schutz der nachbarlichen Belange eine besonders wichtige Rolle, die im Zuge des Bauleitplanverfahrens abgearbeitet würden. Dies betreffe unter anderem die Höhe, die Geschossigkeit, den Schattenwurf und die direkte Einsichtnahme in die angrenzenden privaten Gartenbereiche.

Der Eigentümer habe sich im Vorfeld schon mit den Anwohnern in Verbindung gesetzt und das Bauvorhaben vorgestellt.

**Herr Gröttrup** möchte wissen, wie weit die Gespräche mit den Anwohnern gediehen seien. Außerdem hätte er sich entsprechende Seitenansichten gewünscht. Da das Bauvorhaben 3 ½ bis 4-geschossig geplant sei, halte er dies für problematisch und hätte sich dazu mehr Information gewünscht.

**Herr Malzahn** verspricht, diese - soweit vorhanden - dem Protokoll beizufügen. Er weist darauf hin, dass das Verfahren jetzt erst gestartet werde und eine offizielle Beteiligung auch der Träger öffentlicher Belange noch nicht erfolgt sei. Danach werde man sich mit den Abwägungen auseinandersetzen.

**Herr Strelow** weist darauf hin, dass es sich hier seitens des Eigentümers lediglich um eine Absichtserklärung handele, welche erstmal vom Grundsatz her zu begrüßen sei. Da solle man erst mal das Verfahren und die Vorstellung durch den Investor abwarten.

**Herrn Eichhorn** bewegt die Frage der Oberflächenentwässerung insbesondere die Anlage eines Regenrückhaltebeckens in dem Bereich. Er würde sich vom Investor dazu entsprechende Informationen wünschen.

**Herr Malzahn** weist darauf hin, dass es sich hierbei um einen Vorhabenbezogenen Bebauungsplan handele, was eine genaue Planung voraussetze und diese schließe sowohl die Entwässerung, den Brandschutz als auch die Frage der Stellplätze mit ein. Der Investor brauche aber gleichwohl das „Go“, um weiter planen zu können.

**Herr Bolinius** teilt mit, dass seine Fraktion sich eingehend mit dem Antrag beschäftigt habe und diesem zustimmen werde. Ausschlaggebend dafür sei die Aussage „Der Betreiber wünscht eine zeitgemäße Pflege in Wohngruppen und eine Verbesserung der sozialen Strukturen für die Bewohner“ gewesen.

**Herr Gröttrup** werde sich der Stimme enthalten bis er mehr Informationen erhalten habe, da er wegen der Bauhöhe skeptisch sei.

### Beschluss:

4. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan C 18 „Seniorenzentrum Douwesstift“ wird gemäß § 2 Abs. 1 BauGB i.V.m. § 12 BauGB als Vorhaben- und Erschließungsplan aufgestellt. Der Geltungsbereich wird, wie in Anlage 1 zeichnerisch dargestellt, beschlossen.

## Protokoll Nr. 17 über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz am 20.04.2023

5. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan wird im beschleunigten Verfahren als Bebauungsplan der Innenentwicklung gemäß § 13 a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB aufgestellt.

**Ergebnis:** mit Stimmenmehrheit

8 Ja-Stimmen

2 Enthaltungen (CDU-Fraktion)

TOP 8 Verkehrsführung in der Innenstadt - Verkehrsversuch Neutorstraße  
Vorlage: T 18/0560/2

**Frau Krantz** führt kurz zur Vorlage aus. Auf einen weitergehenden Vortrag wird allseits verzichtet, da dieser bereits öfter vorgestellt wurde.

Krankheitsbedingt habe die Beschlussvorlage als Tischvorlage gefertigt werden müssen.

**Herr Hemken** teilt mit, dass in der SPD-Klausurtagung der von der SPD-Fraktion eingereichte Antrag beschlossen worden sei. Man sei für einen Umbau der Neutorstraße, aber nur unter der Bedingung, dass die Verkehrssituation in Klein- und Großfeldern vorab geregelt werde. Die Planung und alles was diese einschließen könne auf den Weg gebracht werden, die Umsetzung dürfe aber erst erfolgen, wenn man eine befriedigende Lösung für die Friedrich-Ebert-Straße pp. gefunden habe.

**Frau Krantz** teilt mit, dass intern weiter an Lösungen gearbeitet worden sei und auch weiterhin werde. Für einen Ausschreibungstext sei es allerdings schwierig, eine entsprechende bedingende Formulierung zu finden und ob es zu einer einstimmigen Lösung kommen könne, müsse man sehen. Daher gebe es einen ergänzenden Vorschlag der Verwaltung.

**Herr Kinzel** teilt mit, dass es keine wenn/dann Entscheidung geben könne und die Entscheidung auch letztendlich vom Rat getroffen werden müsse. Die von ihm vorgeschlagene Änderung zum SPD-Antrag spezifiziere diesen lediglich, um einen genaueren Text für die Abstimmung zu erhalten.

**Herr ten Hove** ist froh, dass alle in die gleiche Richtung gehen und alle wollen, dass auch die Bürgerinnen und Bürger mitgenommen werden, das sei vor allen Dingen das Bestreben der SPD-Fraktion.

**Herr Bolinius** kann die Nöte der Bürgerinnen und Bürger zur augenblicklichen Mehrbelastung in der Friedrich-Ebert-Straße nachempfinden. Er geht mit dem Vorschlag der Verwaltung und wird dazu seine Zustimmung geben. Den erweiterten Vorschlag der SPD-Fraktion werde er nicht mittragen. Vor der Abstimmung im Verwaltungsausschuss werde er den Beschluss aber auf jeden Fall noch einmal in seiner Fraktion abstimmen.

**Herr Gröttrup** schließt sich der Meinung von Herrn Bolinius an. Gleichwohl sehe er auch, dass die Thematik Friedrich-Ebert-Straße gelöst werden müsse. Er könne aber den Vorschlag der Verwaltung ebenfalls mittragen.

**Herr Strelow** bedankt sich für die konstruktiven Gespräche, gleichwohl müsse dazu eine Lösung herbeigeführt werden. Die Ängste der Bürger und Bürgerinnen müsse man ernst nehmen und daher müsse etwas passieren. Nächste Woche gebe es dazu noch Gespräche und dann müsse aber zeitnah etwas geschehen. Aber auch er könne dem Vorschlag der Verwaltung zustimmen,

## Protokoll Nr. 17 über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz am 20.04.2023

wenn diese ihm zusichere, dass zeitnah an einer Lösung gearbeitet und diese schnell umgesetzt werde.

**Herr Eichhorn** werde den von der Verwaltung gemachten Vorschlag ebenfalls mittragen. Da die SPD-Fraktion keine Mehrheit mehr habe, müsse diese sich wohl dem Mehrheitsbeschluss beugen. Es müsse unbedingt eine Verbindlichkeit her und die Neutorstraße solle ja auf jeden Fall gesperrt werden.

**Herr Narewski** verlässt die Sitzung um 18.43 Uhr.

**Herr Mennenga** wird für seine Fraktion dem Beschluss ebenfalls zustimmen.

**Herr Gröttrup** stellt fest, dass man ja wisse, wo man hinwolle und daher müsse man jetzt auch zu einer Abstimmung kommen.

**Herr Kinzel** schlägt vor, den weitergehenden Beschluss (Text der Verwaltung) in das Protokoll aufzunehmen, um den genauen Wortlaut festzuhalten.

### Abweichender Beschluss:

Der Rat der Stadt Emden folgt dem Vorschlag der Verwaltung, die Neutorstraße in Zukunft als Einbahnstraße in Nord-Süd-Richtung mit breiten Radstreifen rechts und links der PKW Fahrbahn umzugestalten (gem. Versuch Nr. 2). Zudem wird in einem zweiten Schritt der Verkehrsversuch 3+ integriert, der durch die Errichtung einer Polleranlage eine Steuerung des Verkehres ermöglicht. Des Weiteren wird für den Bereich ein verkehrsberuhigter Geschäftsbereich festgelegt.

Vor der abschließenden Umsetzung der Baumaßnahme wird parallel eine Lösung für die Verkehrssituation in Klein- und Großfeldern gutachterlich entwickelt.

Vor der Beauftragung der Straßenumbaumaßnahme wird dies in die politische Beratung gegeben.

**Ergebnis:** mit Stimmenmehrheit

## MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 9 Mitteilung über Projektabschluss EELA-Projekt „Habitat- und Prädationsmanagement für Wiesenvögel im Stadtgebiet der Stadt Emden“ in den Vogelschutzgebieten V 04 „Krummhörn“ und V 09 „Ostfriesische Meere“  
Vorlage: 18/0132/1

**Herr Dr. Federolf** gibt eine kurze Einführung. Er weist auf die von ihm verteilten zwei Broschüren und einen Film auf der Homepage der Stadt Emden dazu hin. Ebenfalls gibt er einen kurzen Überblick über die bisherigen Termine und Veranstaltungen.

**Herr Steven** vom NABU weist auf die mit dem Rat veranstaltete Busreise am 27.02.2020 zum Thema Gehölzmanagement hin. Der Emdener Bereich sei besonders geeignet für Uferschnepfen, für die sich die Aufschläger auf Dauer negativ auswirken. Für einige der im Zuge des EELA-Projektes gefälltten Bäume seien insgesamt 16 Ersatzpflanzungen z. B. in der Hermann-Immer-Straße getätigt worden.

## Protokoll Nr. 17 über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz am 20.04.2023

Bei dem EELA-Projekt gehe es im Wesentlichen um drei große Themen, nämlich um das Beseitigen von Bäumen, um Boden und Müll sowie den Küken- und Gelegeschutz.

**Frau Winter** freut sich über die erfolgreiche Durchführung.

**Herr Wildeboer** merkt an, dass bei der Planung in 2018/2019 nur die Rede davon gewesen sei, den Lebensraum der Uferschnepfe zu retten, man aber nicht davon gesprochen habe, anderen dort lebenden Tieren den Lebensraum wegzunehmen und somit der Schutz der einen Art auf Kosten vieler anderer Arten gemacht werde. Vielmehr werde durch den NABU ein Feindbild des Mäusebussards und des Fuchses aufgebaut, was seiner Meinung nach nicht richtig sei.

Gleichwohl bedanke er sich aber für den „Runden Tisch“ und wünscht sich, dass mehr darauf geschaut werde was logisch und sinnvoll sei.

**Herr Kinzel** weist darauf hin, dass es sich bei dem Projekt um einen rechtlichen Auftrag der EU handele, für dessen Umsetzung es auch Fördergelder gebe. Wichtig sei es aber, weiterhin zu kommunizieren.

**Herr Steven** weist darauf hin, dass es sich bei der Uferschnepfe um eine herausragende Art handele, man aber auch betrachten müsse, dass auch andere Arten, die hier im Winter rasten, diese Flächen benötigten.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

TOP 10 Änderung der Baumschutzsatzung  
Vorlage: 18/0725

**Herr Dr. Federolf** weist darauf hin, dass bereits in der Sitzung im März die Vorlage 18/0709 verteilt, diese aber leider auf Grund der Zeit nicht mehr vorgestellt worden sei. Er stellt kurz Herrn Zimmermann als den mit der Änderung der Baumschutzsatzung beauftragten Sachbearbeiter vor. Er geht dann auf die Änderungen ein und bietet an, für Diskussionen dazu in die Fraktionen zu kommen, um dann in einem der nächsten Ausschüsse darüber beschließen zu können.

**Herr Eichhorn** möchte wissen, was man sich darunter in der Praxis vorstellen müsse, wenn von „Freikauf bei Verkehrssicherungsmaßnahmen“ die Rede sei.

**Herr Dr. Federolf** teilt dazu mit, dass wenn ein Baum an einer Straße stehe und von diesem eine Gefahr ausgehe, das Grundstück des Eigentümers aber zu klein sei, um einen neuen Baum zu pflanzen, der Eigentümer nach Prüfung die Möglichkeit bekäme, eine Ersatzpflanzung an anderer Stelle zu tätigen. Dabei handele es sich aber um Einzelfälle, die von der Verwaltung genau geprüft würden. Bei der 100jährigen Eiche in Petkum habe sich nach Prüfung ergeben, dass massive Schäden an dem Bauwerk durch deren Wurzeln entstehen würden.

**Herr Kinzel** bietet an, über das Ratsinfosystem kurz eine Gegenüberstellung von alt und neu zu geben, um jetzt, mit Blick auf die Tagesordnung, die Diskussion so kurz wie möglich zu halten.

**Herr Bolinius** versteht nicht, warum man die 100jährige Eiche nicht als Naturdenkmal hat schützen können.

## Protokoll Nr. 17 über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz am 20.04.2023

**Herr Dr. Federolf** weist erneut darauf hin, dass die Wurzeln des Baumes erhebliche Beschädigungen des Bauwerkes verursacht hätten.

**Herr Hemken** ist der Meinung, dass es noch zu spannenden Diskussionen aufgrund der Grundstücksgröße von jetzt 1.000 m<sup>2</sup> auf dann 600 m<sup>2</sup> kommen werde, da dann erheblich mehr Grundstückseigentümer und -eigentümerinnen von der Satzung betroffen seien. Wenn die Satzung umgesetzt werde und Kontrollen stattfänden, dann sollte die Gruppe Grüne feat. Urmel dies auch für Schottergärten fordern.

**Herr Kinzel** weist darauf hin, dass es von 1988 bis 2002 eine verschärfte Baumschutzsatzung gegeben habe, die mit dem damaligen Baudezernenten Herrn Rebenstorf und ihm entwickelt worden sei. Dann habe es im Ausschuss eine Diskussion gegeben und in Mehrheit sei die derzeit vorliegende Fassung entschieden worden. Es gebe auch geschützte Biotope, das sei von der Gesetzgebung nun mal so vorgesehen, und damit müsse man als Grundstückseigentümer auch klarkommen. Fakt sei aber, dass, wenn der Rat bestimmte Dinge umgesetzt haben wolle, dafür auch Personal zur Verfügung stehen müsse.

**Herr Falbe** begrüßt die Vorschläge der Verwaltung, befürchtet aber, dass bei Bekanntwerden der Herabsetzung der Grundstücksgröße möglicherweise einige Bürgerinnen und Bürger vorsorglich ihre Bäume fällen könnten.

**Herr Dr. Federolf** weist darauf hin, dass jetzt die Brutzeit angefangen habe und das Fällen von Bäumen derzeit ohnehin nicht erlaubt sei. Dazu gebe es auf jeden Fall Vollzugsmöglichkeiten.

**Herr Wildeboer** findet eine neue Baumschutzsatzung grundsätzlich sinnvoll. Er sehe aber, dass sich der Entwurf nur auf bebaute Gebiete beziehe und nicht auf die ganze Stadt.

**Herr Kinzel** weist dies als falsch zurück, da ausdrücklich in der neuen Baumschutzsatzung der „Geltungsbereich umfasst das ganze Stadtgebiet“ formuliert wurde.

**Herr ten Hove** spricht sich dafür aus, die Diskussion an dieser Stelle zu beenden und in einem späteren Ausschuss fortzufahren.

Dies wird einstimmig angenommen.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

TOP 11 Sachstand Parkraumbewirtschaftungskonzept  
Vorlage: 18/0381/1

**Herr Malzahn** führt zur Vorlage aus. Es gehe hier lediglich um einen Sachstand, denn der Gutachter müsse dazu das Konzept erarbeiten, dieser stehe dann in einem der nächsten Ausschüsse Rede und Antwort. Vorab geht Herr Malzahn auf die Begrifflichkeiten „Parkdruck“ und „Vollauslastung“ ein.

Als Fazit sei festzuhalten, dass es lt. Gutachten keine kostenlosen Parkplätze mehr in der Emden Innenstadt gäbe, aber auch keine Suchverkehre mehr. Zudem könne man überlegen, das direkte Innenstadtparken teurer zu machen als im Außenbereich. Sondergenehmigung für Anwohner werde es aber geben.



## Protokoll Nr. 17 über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz am 20.04.2023

**Frau Krantz** ergänzt, ob man in Zukunft einen Betrag von 2 Euro oder eher 1,50 Euro zahlen müsse, müsse noch detaillierter diskutiert werden.

**Herr Malzahn** unterbreitet das Angebot, ca. zwei bis drei Wochen vor Vorstellung durch den Gutachter im Ausschuss in die Fraktionen für eine Diskussion zu kommen, um dann nach der Sommerpause darüber beschließen zu können.

**Herr Gröttrup** bedankt sich für die Vorstellung. Um Parkverstöße festzustellen, bedürfe es aber sicher auch mehr Mitarbeiter, um entsprechende Kontrollen durchführen zu können.

**Frau Krantz** teilt ergänzend mit, dass es wichtig sei, aussagekräftige Zahlen zu bekommen, über die man diskutieren könne.

Auf die Frage von **Frau Kruse**, ob man in diesem Zusammenhang die Ferienzeiten bedacht habe, teilt **Frau Krantz** mit, dass man ein ganzes Jahr betrachtet habe.

**Herr Gröttrup** bedankt sich für die Ausführungen der Verwaltung. Jetzt werde man im Detail sehen müssen, ob die Innenstadt attraktiv bleibe, auch bezüglich der Gebühren. Evtl. müsse eine Anpassung schrittweise erfolgen.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

TOP 12 Sachstandsbericht Resilienzstrategie Innenstadt Emden  
Vorlage: 18/0090/3

**Herr Malzahn** führt zur Vorlage aus.

**Herr Matthes** vom Büro Forum aus Bremen stellt sich und sein Büro kurz vor. Des Weiteren erläutert er die einzelnen Strategien des Programms, welches aus dem Sofortprogramm „Perspektive Innenstadt“ finanziert wird. Insbesondere erklärt er auch, wie der Begriff „Resilienzstrategie“ in diesem Zusammenhang zu verstehen ist.

**Herr Strelow** stellt fest, dass es sich dabei mehr oder weniger um Themen handelt, die bereits bekannt seien. Es sei ja auch Auftrag an die Verwaltung gewesen, die Akteure an einen Tisch zu bringen. Ihn interessiere vielmehr ein konkreter Zeitplan, wer sich um die Umsetzung kümmere und bis wann, und wie es um die Fördermittel bestellt sei.

**Herr Matthes** teilt mit, dass es hier nicht darum gehe, einen kompletten Zeitplan mitzuteilen, sondern darum, die Darstellung der Zusammenhänge und Themen vorausschauend im Blick zu haben, wer zu beteiligen sei und wer sich um die Umsetzung kümmere.

**Frau Krantz** ergänzt, dass es in diesem Zusammenhang wichtig sei, die Themen zu kennen und zu wissen, wie was umgesetzt werden müsse. In diesem Zusammenhang sei es wichtig, die Hintergründe zu kennen und was der richtige Weg sei.

**Herr Malzahn** weist darauf hin, dass es sich hier um ein komplexes Thema handele, was vor allen Dingen die Stadtplanung betreffe, aber auch Abläufe und Prozesse der ganzen Verwaltung dienen könne, damit man inhaltlich und rechtlich nichts vergesse oder auch etwaige Fördermittel nicht beantrage, auf Grund immer komplexer werdender Vorgänge in der Verwaltung.

## Protokoll Nr. 17 über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz am 20.04.2023

**Herr Bolinius** fühlt sich von den Informationen erschlagen und hat bisher von diesem Thema nichts mitbekommen und hätte sich im Vorfeld mehr Informationen gewünscht. Er frage sich, wie die weitere Beteiligung geplant sei.

**Herr Kinzel** teilt mit, dass es sich hier um einen Zwischenstand handele. Im letzten Jahr habe die Verwaltung dazu bereits im Rahmen der „*Perspektive Innenstadt*“ die Ausschüsse informiert (sh. Vorlage 18/0090/1 und 18/0090/2).

**Herrn Hemken** ist dies nicht vollkommen neu und vieles kenne man dazu schon. Er möchte wissen, wie sich das finanziere.

**Herr Kinzel** weist auf das 12-Punkte-Programm zur Perspektive Innenstadt hin, zu dem bereits berichtet worden sei, dass es dazu eine 90 %ige Förderung vom Land gebe und darauf auch die Einstellung von Frau Ring gefußt habe. Die Konzeption soll für die Verwaltung erstellt und ggfs. in entsprechenden Ratsberatungen in Teilen umgesetzt werden. Zusätzlich ergeben sich so neue Chancen auf Fördergelder.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

### ANTRÄGE VON FRAKTIONEN & GRUPPEN

TOP 13 Rodungen von Baumbeständen;  
- Antrag der Gruppe GRÜNE feat. Urmel vom 06.12.2022  
Vorlage: 18/0711

Aufgrund der Ausführlichkeit der Vorlage verzichtet die Gruppe Grüne feat. Urmel auf eine Diskussion und weitere Fragen.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

TOP 14 Erstellung eines Infoflyers zu „Schottergärten“;  
- Antrag der FDP-Fraktion vom 22.01.2023  
Vorlage: 18/0705

**Herr Bolinius** teilt mit, dass seine Fraktion mit dem Flyer zufrieden sei und daher dazu keine Diskussion für erforderlich halte. Eine „Vorgartenpolizei“ halte auch er für nicht zielführend.

**Herr Hemken** weist darauf hin, dass seiner Meinung nach der Flyer nicht ausreichen werde, um Schottergärten zu verhindern und die Verwaltung nicht umhinkomme, letztendlich doch Kontrollen durchzuführen.

**Herr Kinzel** ist nach wie vor der Meinung, dass es besser sei, die Menschen zu überzeugen und setzt dabei auf die Arbeit des Ökowerkes.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

## Protokoll Nr. 17 über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz am 20.04.2023

TOP 15 Änderung der Baumschutzsatzung;  
-Antrag der CDU-Fraktion vom 23.01.2023  
Vorlage: 18/0709

Wurde unter Punkt 10, Vorlage 18/0725, diskutiert und fließt in die Beratungen zur neuen Baumschutzsatzung gem. Vorschlag der Verwaltung ein.

### **Beschluss:**

In der neuen Baumschutzsatzung wird das Thema Ersatzpflanzung in einem eigenen neuen Paragraphen geregelt, in dem die Anzahl der anzupflanzenden Bäume sich nach dem Stammumfang des entfernten Baumes bemisst.

**Ergebnis:** einstimmig

TOP 16 Sachstand Parkraumbewirtschaftungskonzept;  
- Antrag der SPD-Fraktion vom 24.01.2023  
Vorlage: 18/0768

Mit der unter TOP 11 von der Verwaltung gefertigten Vorlage 18/0381/1 bezüglich des Parkraums diskutiert.

**Herrten Hove** verweist auf die von der SPD-Fraktion mit gleichem Antrag erwähnte Situation der Parkmöglichkeiten für Menschen mit Teilhabeeinschränkung hin. Diese seien z. T. auf extra große Parkmöglichkeiten angewiesen, da oftmals nicht nur das Fahrzeug an sich größer dimensioniert sei, sondern es auch noch einer entsprechenden Rampe bedürfe.

**Herr Kinzel** teilt mit, dass dazu eine schriftliche Antwort von Herrn Post vom Fachdienst Straßenverkehr erfolgt sei. Es sei mit Agilio gesprochen worden mit dem Ergebnis, dass von dort kein Bedarf gesehen werde, die bisher funktionierende Situation zu ändern. **Herr Kinzel** bietet an, das entsprechende Schreiben dem Protokoll beizufügen. Eine Diskussion sei dann in dem dafür zuständigen Ausschuss zu führen.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

TOP 17 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Keine

TOP 18 Anfragen

### **18.1**

**Herr Bolinius** weist erneut auf die Dauer der Sitzung hin. Man habe sich auf 2 Stunden Sitzungsdauer verständigt; dies sei wieder nicht eingehalten worden.

## Protokoll Nr. 17 über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz am 20.04.2023

### 18.2

**Herr ten Hove** vermisst die von der Verwaltung versprochenen Sachstände zum Baugebiet Petkum und zur Trogstrecke. Hierzu sei seinerzeit vereinbart worden, in regelmäßigen Abständen mündlich über den Fortschritt zu berichten.

**Frau Krantz** teilt mit, dass es in 3 Wochen im zuständigen Fachausschuss durch einen Mitarbeiter dazu Informationen gebe.

### 18.3

**Herr Hemken** möchte wissen, warum am ehem. Apollo-Kino eine Dixi-Toiletten aufgestellt worden sei, ob dies evtl. vor dem Hintergrund geschehen sei, dass dort nunmehr mit dem Umbau begonnen werde.

**Frau Krantz** teilt mit, dass urlaubs- und krankheitsbedingt Termine ausgefallen seien und daher hier im Ausschuss noch kein Sachstand mitgeteilt werden könne, dies aber in einer der nächsten Ausschüsse nachgeholt werde.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.